

Pressemeldung 07.07.2020

Hartz IV: Sanktionsfrei und Paritätischer Gesamtverband fordern menschenwürdige, sanktionsfreie und bedarfsdeckende Grundsicherung und starten gemeinsame Infokampagne

Mit Großplakaten, die für die nächsten zehn Tage bundesweit an S- und U-Bahnhöfen aushängen, starten Sanktionsfrei e.V. und der Paritätische Wohlfahrtsverband heute unter dem Motto „HartzFacts“ eine gemeinsame Informationskampagne, um Vorurteile gegenüber Hartz IV-Beziehenden auszuräumen. Ziel ist es, Betroffenen den Rücken zu stärken und politischen Druck aufzubauen für eine menschenwürdige Grundsicherung. Die beiden Organisationen fordern eine Abschaffung der Sanktionen und die deutliche Anhebung der Regelsätze in der Grundsicherung auf ein bedarfsgerechtes Niveau von mindestens 600 Euro.

„‘HartzFacts‘ – der Name der Kampagne ist bereits die Kernbotschaft: Hartz 4 ist nicht einfach nur ein Volksbegriff für eine staatliche Leistung. Hartz 4 ist Stigma, ist Meinung, ist Urteil. Aber vor allem ist es ein Vorurteil! Wie so oft ist auch diese Diskriminierung ein unbewusster und unterschwelliger Prozess und gerade deswegen so gefährlich. Genau deshalb machen wir diese Kampagne“, so Helena Steinhaus, Gründerin von Sanktionsfrei e.V.. Nach einer repräsentativen Umfrage des Markt- und Meinungsforschungsinstituts Forsa vom März 2020 sind Vorurteile gegenüber Hartz-IV-Beziehenden in der Bevölkerung nach wie vor weit verbreitet: Dass Hartz-IV-Beziehende bei der Job-Auswahl zu wählerisch seien, glaubt mit 45 Prozent fast die Hälfte der Befragten und etwas über die Hälfte neigt der Aussage zu, dass Hartz IV-Beziehende „nichts Richtiges“ zu tun hätten. Dem gegenüber stehen die empirischen und statistischen Fakten, nach denen nur rund ein Viertel der Hartz-IV-Beziehenden tatsächlich arbeitslos ist, während der Großteil erwerbstätig, in Ausbildung oder Qualifizierungsmaßnahmen oder mit der Pflege oder Erziehung von Angehörigen beschäftigt ist und daher dem Arbeitsmarkt derzeit nicht zur Verfügung steht.

Die Pläne zur Neuregelung der Regelsätze zum 1.1.2021 werden scharf als absolut unzureichend kritisiert. „Es wäre ein Skandal und ein politisches Armutszeugnis sondergleichen, wenn Hilfebedürftige in Hartz IV und in der Grundsicherung für alte und erwerbsgeminderte Menschen für weitere fünf Jahre auf Beträge verwiesen werden,

die mit Bedarf und Lebensrealität in Deutschland wirklich nichts zu tun haben. Es darf nicht sein, dass Armut in Deutschland für weitere fünf Jahre regierungsamtlich festgeschrieben wird“, kritisiert Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbands. „Anstatt sich hinter Statistiken zu verstecken, sollte sich die Politik endlich den Menschen zuwenden.“ Die Kritik an der zu geringen Regelsatzhöhe wird durch ein weiteres Ergebnis der Forsa-Umfrage untermauert. So gehen die allermeisten Menschen nicht davon aus, dass die für Hartz IV und Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung vorgeschlagenen Regelsatzbeträge ausreichend sind, um den Lebensunterhalt bestreiten zu können. Der Betrag, der im Durchschnitt der Befragten für nötig erachtet wird, liegt mit 728 Euro um 66 Prozent über dem Regelsatz, der nach den jüngst bekannt gewordenen Plänen des Bundesarbeitsministeriums ab 1.1.2021 gelten soll.

Konkret fordern Sanktionsfrei und der Paritätische eine bedarfsgerechte Anhebung der Regelsätze und eine vollständige Abschaffung von Sanktionen: „Gemeinsam fordern wir ein System, das absichert und nicht verunsichert. Ein System, das die Menschen unterstützt, ihnen Mut macht und eine menschenwürdige Grundsicherung garantiert“, heißt es auf der gemeinsamen Kampagnen-Webseite **hartzfacts.de** auf der auch Geschichten, Fakten und Vorurteile, sowie ein Wissens-Quiz zu finden sind.

Pressekontakt:

Der Paritätische Gesamtverband

Gwendolyn Stilling (Pressesprecherin)

Tel. 030/24636305, pr@paritaet.org

Sanktionsfrei e.V.

Robert Müller (Campaigner)

Tel. +49 178 1891815, presse@sanktionsfrei.de

Pressestatement

von Helena Steinhaus, Sanktionsfrei e.V.

anlässlich der Pressekonferenz zum Auftakt der Kampagne HartzFacts
am 7. Juli 2020

Es gilt das gesprochene Wort.

„HartzFacts‘ – Der Name der Kampagne ist bereits die Kernbotschaft: Hartz 4 ist nicht einfach nur ein Volksbegriff für eine staatliche Leistung. Hartz 4 ist Stigma und ist Meinung, aber vor allem ist es ein Vorurteil! Um darauf hinzuweisen, hängen ab heute deutschlandweit Maxi plakate an S- und U-Bahnhöfen, die auf unsere Kampagnenseite hartzfacts.de verweisen.

Um Hartz 4 und die Menschen, die davon leben (müssen), ranken sich Mythen und Vorurteile. Am stärksten ist in unseren Köpfen das Bild vom Hartzler in der Hängematte verankert. Solche Bilder sind Fake. Sie wurden bewusst produziert, um der „Agenda 2010“ zu politischer Akzeptanz zu verhelfen. Schließlich ging es um massive Einschnitte in der deutschen Sozialversorgung. „Florida-Rolf“ ist zum Prototyp des Sozialschmarotzers geworden und bis heute unsterblicher HartzFake.

Doch die Fakten – die HartzFacts – sind völlig andere:

Menschen in Hartz 4, das ist zum Beispiel Marie aus München. Die alleinerziehende Mutter eines dreijährigen Sohnes hat während und nach Abschluss ihres Studiums kurzzeitig Joberfahrung gesammelt. Aber seit der Geburt ihres Sohns lebt sie von Hartz 4 – wie übrigens jede dritte alleinerziehende Mutter. Sie ist hochqualifiziert und leistet jetzt wertvolle Care-Arbeit. Ihre Perspektive ist nicht allzu rosig: Ein Einstieg in den bezahlten Arbeitsmarkt wird wahrscheinlich nur als Teilzeitkraft möglich sein. Damit fehlt es an Aufstiegsmöglichkeiten.

Menschen in Hartz 4, das ist zum Beispiel Francesco aus Duisburg. Der Facharbeiter verlor nach 14 Jahren Festanstellung seinen Job, weil die Firma pleite ging. Jetzt gilt der 55-Jährige für den Arbeitsmarkt als „wenig attraktiv“; die zahlreichen Bewerbungen, die er Monat für Monat schreibt, führen zu nichts. Seine mühsam ersparten Altersrücklagen musste er – bis auf das Schonvermögen von 7.500 Euro – aufbrauchen, um Hartz 4 beantragen zu können. Davon lebt er jetzt seit zwei Jahren und schlimmstenfalls bis zur Rente. Die wird aber nach der langen Arbeitslosigkeit karg ausfallen. Altersarmut garantiert.

Und Menschen in Hartz 4, das ist auch Lukas aus Dresden. Der „kleine Hartzler“ ist noch Schulkind und abhängig von Hartz 4, sowie fast 2 Millionen weitere Kinder und Jugendliche. Tatsächlich ist jeder dritte Hartz-4-Beziehende ein Kind! Den Eltern von Lukas wird das Kindergeld „bedarfsmindernd abgezogen“, sodass sie nichts davon haben. Lukas darf, anders als seine Schulfreunde, wenn er neben der Schule jobbt, ab der Grenze von 100 Euro nur noch einen Bruchteil von dem verdienten Geld behalten. Der Rest geht ans Jobcenter. Von Ferienjobs darf er seit diesem Jahr sogar 2400 € behalten, das ist schonmal eine begrüßenswerte Veränderung, es reicht aber nicht.

Für 5,8 Millionen Menschen bedeutet Hartz 4 nicht nur Armut, sondern immer auch soziale Ausgrenzung. Nicht am gesellschaftlichen Leben teilhaben zu können, weil das finanziell unmöglich ist, ist die eine Seite. Dazu kommt – und das ist besonders belastend – eine permanente Stigmatisierung.

Diskriminierung ist ein unbewusster und unterschwelliger Prozess und gerade deswegen so gefährlich. Deshalb machen wir, Sanktionsfrei und der Paritätische Gesamtverband, diese Kampagne. Wir möchten die unbewussten Diskriminierungen bewusst machen, Vorurteile vor Augen führen und sie dadurch bestenfalls auflösen.

Ich habe seit Jahren täglich Kontakt zu Hartz-4-Beziehenden und kann mit Sicherheit sagen:

Fast alle wollen arbeiten. Viele tun es – nur eben leisten sie unbezahlte Care-Arbeit oder bezahlte Arbeit zu so niedrigem Lohn, dass sie mit Hartz 4 „aufstocken“ müssen. Sie bemühen sich um bezahlte Arbeit und sind dabei nicht einmal wählerisch. Häufig erlaubt es die individuelle Situation nicht, zeitweise oder zu den zeitlichen Ansprüchen der Arbeitgeber zur Verfügung zu stehen. Wer hinter die Statistiken in die realen Lebensbedingungen blickt, so wie ich, wird sofort zustimmen: Die Argumente, ein vielleicht möglich scheinendes Jobangebot abzulehnen, sind meistens sogar vernünftig und verantwortungsvoll.

Während Erwerbstätige mit Pendlerpauschale, Steuerfreibetrag, Kinderfreibetrag, Ehegattensplitting vergleichsweise gut unterstützt sind, sind Hartz-4-Beziehende der Sündenbock dieser Leistungsgesellschaft. Sie werden permanent unter Generalverdacht gestellt als selbst schuld abgestempelt und von übergriffigen Behörden bis in die tiefste Privatsphäre hinein kontrolliert.

Sicherlich gibt es auch gute Erfahrungen mit der Behörde und funktionale Beziehungen zwischen Sachbearbeiter und Kunde. Wenn das aber nicht der Fall ist, sorgt das

systemimmanente immense Machtgefälle dafür, dass der „Kunde“ den Kürzeren zieht. Das ist dann nicht nur „dumm gelaufen“, sondern eine reale Bedrohung der Existenz, aus der sich der*die Betroffene nur schwer befreien kann.

Der repressive Charakter von Hartz 4 findet seinen Gipfel in der Sanktionspraxis. Wer gegen die Vorgaben der Behörden verstößt, erlebt eine massive Kürzung des „Existenzminimums“, bis Ende 2019 sogar bis zu 100 Prozent, selbst wenn Kinder im Haushalt waren. Deswegen habe ich vor 5 Jahren den Verein Sanktionsfrei gegründet.

Wir gleichen Hartz-4-Sanktionen finanziell aus und gehen juristisch gegen verhängte Sanktionen vor. Seit Ende 2016 haben wir über 130.000 Euro umverteilt und damit rund 400 Menschen, wieder ein Leben auf dem Existenzminimum ermöglicht. Zudem haben wir rund 2.000 Menschen juristisch und über die Funktionen unserer Online-Plattform sanktionsfrei.de bei Widersprüchen gegen Sanktionen unterstützt – und waren in 90 Prozent der Fälle erfolgreich.

Das alles ist – angesichts von Millionen Hartz-Beziehenden – nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Deswegen ist ein starker und wichtiger Pfeiler unserer Arbeit die Öffentlichkeitsarbeit. Unser Ziel ist, Armut und Arbeitslosigkeit zu entstigmatisieren und den Weg zu ebnen für ein gerechtes und unterstützendes Sozialsystem. Hin zu einer sanktionsfreien und menschenwürdigen Grundsicherung für alle.

In den letzten Jahren haben tausende Menschen aus allen Schichten der Zivilgesellschaft unsere Arbeit unterstützt. Allen voran unsere mittlerweile über 800 „Hartzbreaker“ mit regelmäßigen Monatsbeiträgen. Damit wird unsere Arbeit langfristig evaluieren können, läuft seit Anfang 2019 eine wissenschaftliche Langzeitstudie in Kooperation mit der Universität Wuppertal.

Alle Infos zur Kampagne finden Sie auf der Seite hartzfacts.de: Beispiel-Geschichten, Fakten und Vorurteile, sowie ein Wissens-Quiz.

Mehr Informationen

sanktionsfrei.de

Pressekontakt:

Sanktionsfrei e.V.

Robert Müller (Campaigner)

Tel.: +49 178 1891815

E-Mail: presse@sanktionsfrei.de

Pressestatement

von Dr. Ulrich Schneider, Der Paritätische Gesamtverband
anlässlich der Pressekonferenz zum Auftakt der Kampagne HartzFacts
am 7. Juli 2020

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Damen und Herren,

Vorurteile auf der einen Seite und der repressive und ausgrenzende politische und administrative Umgang mit Hartz IV-Bezieher*innen auf der anderen Seite stehen in einem direkten Zusammenhang. Die Zuschreibung der Arbeitsunwilligkeit ist von zentraler Bedeutung. Das Vorurteil der Arbeitsunwilligkeit ist politisch nützlich. Es lenkt ab vom Versagen der Bundesagentur für Arbeit und der politisch Verantwortlichen, wenn es um die Integration von Hartz-IV-Beziehern in Erwerbsarbeit geht. Und es rechtfertigt scheinbar irgendwie, wenn die Leistungen für Hartz IV-Beziehende so knapp bemessen werden, dass sie Menschen in echte Not stürzen und Ausgrenzung aus der Mitte unserer Gesellschaft die zwangsläufige Folge ist.

In der letzten Woche sind die Vorschläge des Bundesarbeitsministeriums (BMAS) zur Neubemessung der Regelsätze ab 1.1.2021 bekannt geworden. Sie basieren auf komplexen Berechnungen auf der Grundlage der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe des Statistischen Bundesamtes, die alle fünf Jahre vorgenommen werden. Danach soll der Regelsatz für einen Single von derzeit 432 Euro um 1,6 Prozent auf 439 Euro steigen. Für Jugendliche ist ein Anstieg um 11,9 Prozent von 328 auf 367 Euro vorgesehen, für Kleinkinder unter 6 Jahren eine Anhebung von 250 auf 279 Euro (11,6%) und für Schulkinder zwischen 6 und 13 Jahren soll gar keine Erhöhung erfolgen. Die Berechnungen hätten ergeben, dass diese mit derzeit 308 Euro im Monat ohnehin schon 4 Euro zu viel bekämen.

Bereits in der Vergangenheit hat der Paritätische massive methodische Kritik an dem von der Bundesregierung gewählten Statistikmodell geübt. Die Geschichte der Regelsatzberechnung ist seit der Einführung von Hartz IV eine Geschichte manipulativer Eingriffe in die Statistik und von statistischen Trickereien mit dem Ziel, die Regelsätze möglichst kleinzurechnen. Tatsächliche Bedarfe spielten dabei niemals eine wirkliche Rolle. Ebenso wenig der Alltag der Menschen. Die im statistischen und ministeriellen Elfenbeinturm kreierte Regelsätze gehen regelmäßig ganz bewusst und in voller Absicht an jeder Alltagswirklichkeit und Lebenserfahrung vorbei. Was wir in den letzten 16 Jahren in Sachen Regelsatz erleben, ist nicht die Anwendung von Statistik, sondern ihr Missbrauch.

Doch wollen wir heute gar nicht die Methodik in den Fokus stellen, mit der die Bundesregierung seit Jahren bedarfsdeckende Regelsätze verhindert. Uns ist klar: Bei der Frage des notwendigen Lebensunterhaltes handelt es letztlich sich immer um politische Setzungen, auch wenn sie sich hinter statistischen Nebelkerzen zu verstecken versuchen. Angesichts der eklatanten Diskrepanz zwischen ministerialen Berechnungen und Alltagserfahrung wollten wir es genau wissen: Was glauben die Menschen in Deutschland mit ihrer ganz praktischen Lebenserfahrung, was man für Lebensunterhalt – neben den Wohnkosten – benötigt? Und wie verhält sich das zu dem, was Minister Heil ab 2021 als Regelsätze vorsieht?

Wir haben dazu bei Forsa eine Befragung in Auftrag gegeben. Die Ergebnisse sind von bemerkenswerter Klarheit:

Nicht einmal jeder Fünfte geht davon aus, dass ein Single mit 439 Euro im Monat, wie von Minister Heil vorgeschlagen, seinen Lebensunterhalt bestreiten kann. Die breite Mehrheit nennt Beträge über 600 Euro. Im Durchschnitt geben die Befragten 728 Euro als notwendig an.

Für eine Paarfamilie mit zwei Kindern von 6 und 17 Jahren sieht der Arbeitsminister für 2021 einen Regelbedarf von bis zu 1.465 Euro monatlich vor. Nur ein Drittel der Befragten hält diesen Betrag für ausreichend, um den Lebensunterhalt für eine solche Familie zu bestreiten. Im Schnitt werden sogar 1.796 Euro angesetzt, die eine Familie mit zwei Schulkindern benötigt – also 23 Prozent mehr.

Und dass man ein Vorschulkind mit lediglich 279 Euro über den Monat bringen kann, glauben ebenfalls nur 39 Prozent der Befragten.

Im August will der Arbeitsminister seine Regelsatzvorstellungen ins Kabinett einbringen, im Oktober sollen sie Bundestag und Bundesrat beschließen und im Januar 2021 sollen diese erneuten Armutssätze dann armselige Realität werden.

Weitere fünf Jahre soll damit eine Berechnungsweise zu den Regelsätzen fortgeführt werden, die von so gut wie allen Expert*innen, von so gut wie allen Sozial- und Wohlfahrtsverbänden und dem Deutschen Gewerkschaftsbund abgelehnt wird. Weitere fünf Jahre sollen die Hilfebedürftigen in Hartz IV und in der Grundsicherung für alte und erwerbsgeminderte Menschen auf Beträge verwiesen werden, die mit der Bedarfsrealität in Deutschland wirklich nichts zu tun haben, wie nicht nur Experten, sondern auch eine überwältigende Mehrheit in der Bevölkerung überzeugt ist. Weitere fünf Jahre soll mit dieser Berechnungsweise Armut amtlich festgeschrieben werden.

Wir appellieren an den Bundesarbeitsminister und die gesamte Bundesregierung: Machen Sie diesem unwürdigen statistischen Spiel mit den Regelsätzen und der Armut endlich ein Ende. Verzichten Sie endlich auf ein Kleinrechnen der Regelsätze, auf das Kürzen und die Streichung von Ausgabepositionen, die vielleicht nicht für das nackte physische Überleben nötig sein mögen, wohl aber für etwas Chancengerechtigkeit und etwas Teilhabe an dieser Gesellschaft.

Wir fordern konkret:

- Die saubere Neuberechnung der Regelsätze auf der Basis des gegebenen Statistikmodells ohne manipulative Eingriffe in die Statistik und ohne willkürliche Kürzungen und Streichungen einzelnen Ausgabepositionen, wie sie derzeit praktiziert werden.
- Den Abgleich der Regelsätze mit der relativen Armutsgrenze von 60 Prozent des mittleren Einkommens. Bei Unterschreiten sind die Regelsätze entsprechend anzuheben.
- Die sofortige Einsetzung einer vom Bundesarbeitsministerium unabhängigen Kommission mit dem Ziel der inhaltlichen Aufarbeitung der Frage, was Menschen in dieser Gesellschaft mindestens brauchen für ihren Lebensunterhalt incl. Einer angemessenen Teilhabe an dieser Gesellschaft.

Meine Damen und Herren,

mittlerweile hat sich die Erkenntnis durchgesetzt: Corona sucht seine Opfer vor allem unter den Armen. Es geht um Vorerkrankungen, um Wohn- und Arbeitsbedingungen, aber – mit Verlaub – auch um Geld. Geld, das bisher schon viel zu gering bemessen war, um über den Monat zu kommen, und das immer knapper wird angesichts z.T. geradezu sprunghaft angestiegener Lebensmittelpreise, zusätzlicher Kosten für Desinfektionsmittel und Schutzmasken und angesichts des Ausfalles von zusätzlichen Versorgungsangeboten wie der Tafeln und ähnliche wohlfahrtspflegerischer Einrichtungen. Dies scheint auch eine Mehrheit in der Bevölkerung so zu sehen: 56 Prozent sprachen sich in unserer Umfrage für zusätzliche finanzielle Hilfen für Grundsicherungsbezieher in diesem Corona-Zeiten aus. Nur ein Drittel lehnte dies ab.

Meine Damen und Herren,

wir haben es begrüßt, dass die 300 Euro Kinderbonus, die im Rahmen des Konjunkturpaketes allen Kindern gewährt werden sollen, in Hartz IV anrechnungsfrei bleiben. Im Grunde eine Selbstverständlichkeit. Überhaupt kein Verständnis können wird jedoch dafür aufbringen, dass über fünf Millionen erwachsener Grundsicherungsbe-

zieher keinerlei finanzielle Hilfen bekamen, obwohl gerade sie diese Krise häufig genug in echte existenzielle Krisen führt. Es zeugt von bemerkenswerter armutspolitischer Ignoranz, wenn mit der Absenkung der Mehrwertsteuer 20 Milliarden Euro zur Stimulierung des Konsums bereitgestellt werden, wohlwissend, dass arme Menschen dabei so gut wie leer ausgehen. Gerade 8,20 Euro mehr Kaufkraft hat ein Grundsicherungsbezieher mit dieser Absenkung der Mehrwertsteuer im besten Fall in der Tasche. Wir fordern die Bundesregierung erneut auf: Tun Sie endlich auch etwas für die Ärmsten. Wir fordern 100 Euro Mehr sofort als Zuschlag auf die Grundsicherung.

Mehr Informationen unter:

www.paritaet.org

Pressekontakt:

Der Paritätische Gesamtverband
Gwendolyn Stilling (Pressesprecherin)
Tel. 030/24636-305,
E-Mail: pr@paritaet.org